

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 18. Jahrgang, Nr. 9, 3. Mai 2001

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falckensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 7611 62 49
Blz.: 100 500 00/Kto-Nr.: 0670017787

Einblicke

Herausgefordert

Von Sebastian Edathy, MdB

Zunehmend wird wahrgenommen, dass Rechtsextremismus kein Randproblem ist, sondern eine Herausforderung der Demokratie. Dass Angriffe auf Minderheiten stets auch Angriffe auf die Bürgergesellschaft als Ganzes sind. Was ist eigentlich erschreckender: Die massiv gestiegene Zahl rechtsextremer Straftaten oder die Tatsache, dass Rechtsextremismus in Deutschland in den Vorjahren zu wenig beachtet wurde? Das Thema wird nicht dramatisiert, sondern endlich zutreffend eingeschätzt - nachdem es früher unterschätzt und teilweise bagatellisiert wurde. Das Nicht-Wahrhaben-Wollen und das Weg-Sehen haben ein Ende gefunden. Das ist gut so.

Der Bundestag hat einen gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen, FDP und PDS beschlossen. Darin entwerfen vier der fünf Bundestagsfraktionen einen differenzierten Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung und Vorbeugung rechtsextremer Entwicklungen. Im Vordergrund stehen Intervention und staatliches Eingreifen gleichrangig neben Mitteln der Prävention und der Stärkung der Zivilgesellschaft. Enthalten ist auch die Aufforderung und Selbstverpflichtung, keine Wahlkämpfe auf dem Rücken von Minderheiten zu führen. Wer weiß, dass es nicht nur geworfene, sondern auch gesprochene Brandsätze gibt, muss sorgsam auf die Sprache achten, besonders wenn es um Integrationsfragen geht.

Erforderlich sind viele verschiedene Schritte. Dazu gehört, nach Prüfung der Einzelfälle denen Hilfe anzubieten, die aus der rechtsextremen Szene aussteigen möchten. Insofern ist es vernünftig, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz Beratung anbietet. Ob die Aussteiger-Hotline ein Erfolg wird, muss sich zeigen. Dass das Vorhaben richtig ist, steht schon jetzt fest: Der Staat darf keine Chance ungenutzt lassen, den Rechtsextremismus zu schwächen.

Sebastian Edathy ist Sprecher der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus der SPD-Bundestagsfraktion.

Linke Parolen geborgt

Rechtsextreme Gruppen demonstrieren für Solidarität mit den Palästinensern. Feindbilder sind Israel und die USA.

Seite 2 ■

Gewalttätige Neonazis

Aktivisten der Kameradschaft Pinneberg verletzen Polizeibeamte. Auf Transparenten haben die Militanten „einen heißen Sommer“ angekündigt.

Seite 3 ■

Versuch einer Zensur

DVU-Funktionäre fühlen sich durch eine Ausstellung verleumdet - und wollten sie mit fragwürdigen Methoden verhindern.

Seite 4 ■

„Anti-Antifa“-Terror

Der Verfasser eines braunen Untergrundblättchens muss sich vor Gericht verantworten.

Seite 6 ■

Italien hat die Wahl

Die im Rechtsbündnis vertretenen Parteien Lega Nord und Alleanza Nazionale weisen erhebliche programmatische Differenzen zur Forza Italia auf.

Seite 8 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Löhlhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten**„Zion-Faschismus“**

Eine am Ostersonntag von Neonazis organisierte Palästina-Solidaritätsdemonstration hatte nicht nur manche Parolen von den Linken abgekupfert.

Die Polizei war am Ostersonntag in Jena zeitweilig etwas verirrt. Erst nach einigen Minuten hektischer Konversation über Funk waren die Beamten überzeugt, dass die Gruppe Langhaariger mit ihren bunten Transparenten wirklich zum Neonaziaufmarsch wollte und nicht etwa – wie zunächst vom Outfit vermutet werden konnte –, linke Gegendemonstranten sind.

Die Anhänger der Nationalen Anarchisten sind es aber schon gewöhnt, dass man denkt, sie wären auf der falschen Demonstration. Von Neonazis wurden ihnen schon vor Jahren Prügel angedroht, als sie mit rot-schwarzen Fahnen auf einer NPD-Demonstration in Rostock aufgetaucht sind (vgl. BNR 25/99). In Jena allerdings brauchten sie von ihren Kameraden solche Reaktionen nicht mehr zu befürchten. Man kennt sich längst, scherzt und lacht miteinander. Das rote Transparent der Nationalen Anarchisten mit der Parole „Wir Antisemiten? – Ihr Mittäter – feiges Gesindel“ war auf der gesamten Demonstration nicht zu übersehen.

Auch sonst entsprach die Demo auf den ersten Blick nicht dem, was man sich unter einem Neonaziaufmarsch vorstellt. Die fortgesetzte Debatte um die Bekämpfung rechter Gruppen hat manchen Jungrechten sein Skinhead-Outfit ablegen lassen. Die Glatzen und Springerstiefel waren eindeutig in der Minderzahl, statt dessen überwogen bei den rund 300 Demonstranten Kurzhaarschnitt und sportliche Klamotten. Auch die zahlreichen bunten Transparente waren entweder direkt von den Linken entlehnt oder geringfügig abgewandelt. Der linke Klassiker „Deutsche Waffen – deutsches Geld morden mit in aller Welt“ durfte hier ebenso wenig fehlen wie „Solidarität mit Palästina – Für eine Welt freier Völker“. Spätestens bei der Parole „Hoch die internationale Solidarität – Nieder mit dem Zion-Faschismus“ wird klar, dass sich in Jena die Neonaziszene nur äußerlich leicht gewandelt hat. Hinter der Palästinasolidarität stecken ein als Antizionismus verkleideter Antisemitismus und ein deutschnationaler Antiamerikanismus.

„Für eine Welt freier Völker – Solidarität mit Irak und Palästina“ lautete das Motto der Demonstration. Der Aufruf war unterschrieben unter anderem von den Jungen Nationaldemokraten (JN) Thüringen, dem JN Landesverband Niedersachsen, dem NPD Kreisverband Gera, dem NPD Kreisverband Saalfeld-Rudolstadt, dem Nationalen Widerstand Jena, der Kameradschaft Gera, der Kameradschaft Saalfeld, dem Thüringer Heimatschutz, dem Nationalen & Sozialen Aktionsbündnis Westthüringen, der Nationalen Anarchie und der Kameradschaft Schwerin. Ebenso stehen die NPD-Tarnorganisationen Freundeskreis „Freiheit für Palästina“ aus Thüringen, die Interessengemeinschaft „Deutsch/Arabische Freundschaft Berlin“ und die Initiative „IDM – Musiker gegen den Zeitgeist“ unter dem Demonstrationsaufruf. Als Kontaktadresse fungierte die Internetadresse der NPD Jena.

Der Text gliedert sich in drei Teile. Über die bedingungslose Solidarität mit dem palästinensischen Volk, dass „seit einem halben Jahrhundert für seine Freiheit und Unabhängigkeit kämpft“ kommt man zur Solidarität mit dem Irak, der nach Meinung der Aufrufschreiber vor einer Desinformationskampagne geschützt werden müsse. Im dritten Teil des Aufrufs wird die USA angeprangert. „Terror scheint zur Tradition der USA zu gehören“ heißt es dort. Der „Weltpolizist“ USA stelle mittlerweile eine ernste, wenn nicht sogar die Bedrohung der freien Völker dar. Dies lasse sich mit den friedlichen Absichten unseres Volkes nicht vereinbaren, analysieren die rechten Schreiberlinge. Gefordert werden der konsequente Stopp von Militäreinsätzen ins Ausland, die aktive Unterstützung des palästinensischen Volkes durch die Bundesregierung, die sofortige Einstellung aller Waffenlieferungen „(ausgenommen natürlich Jagd- und Sportwaffen)“ und der Austritt aus der NATO.

Mehr als 500 Teilnehmer haben an einer Gegendemonstration teilgenommen. „Rechte Demos sind in Jena unerwünscht“ heißt es in einem Appell, der von den Abgeordneten sämtlicher im Rathaus vertretenen Parteien, Gewerkschaften und Universitätsangestellten unterschrieben wurde. Die Unterzeichner rücken die Sorge um den Imageverlust der thüringischen Stadt in den Vordergrund. „Jena ist eine moderne, weltoffene Stadt, deren Leben von der Vielfalt ihrer Mitbürger und Gäste gestaltet wird. Fremdenfeindliche, rechtsradikale und antidemokratische Aufmärsche entsprechen nicht unserem Willen. Sie schaden dem Ansehen der Stadt“, wird betont.

Peter Nowak

Aktivitäten

Neonazis schlagen zu

Aktivisten der Kameradschaft Pinneberg verletzen Polizeibeamte. IG-Metall-Chef fordert Verbot der militanten Organisation.

Die Geburtstagsfeier verlief anders, als die Gastgeberinnen erwarteten. An die 40 Freundinnen und Freunde hatten die jungen Frauen zu ihrer Party in das Vereinsheim des TSV Ellerbek (Kreis Pinneberg) am Ostersonntag geladen. Doch eine Schlägerei zwischen ihren Gästen von der Kameradschaft Pinneberg führte in der Nacht vom 15. auf den 16. April zum frühen Ende der Party.

Nachdem ein Naziskinhead bei dem Polizeirevier in Ellerbek den Kameradschaftsführer Klemens Otto wegen gefährlicher Körperverletzung anzeigte, fuhren zehn Beamte aus Rellingen und Pinneberg zu dem Vereinsheim, um den Sachverhalt zu ermitteln. Nach Aussagen des 23-Jährigen soll er von Otto mit einem mit Bleistaub gefüllten Handschuh niedergeschlagen worden sein.

Als die Polizisten in den Räumen des Vereins nach weiteren Tätern suchten, bemerkten sie nicht, dass eine Gruppe von Naziskinheads zwei Beamte in einem anderen Raum abdrängten. Ohne Vorwarnung schlug die Gruppe mit Fäusten, Stöcken und einem Stuhl auf die beiden ein. Der 25-jährige Polizeimeister erlitt dabei Verletzungen am Kopf, Absplitterungen an mehreren Rückenwirbeln und Prellungen, der 26-jährige Polizeikommissar wurde an der Schulter verletzt. „Nur den Schutzwesten ist es zu verdanken, dass die Beamten nicht noch schwerer verletzt worden sind“, betont Pinnebergs Polizeisprecher Frank Lassen. Erst als eiligst zusätzlich herbeigerufene Polizeikräfte aus Hamburg eintrafen, gelang der Polizei das Auflösen der Feier. Sie sprachen mehrere Platzverweise aus und setzten Gewahrsamnahmen durch.

Es war nicht das erste Mal, dass Otto und die Kameradschaft durch militante Aktionen in der Region zwischen Elmshorn und Pinneberg auffielen. Nach dem Verbot der FAP 1995 baute der regionale FAP-Kader Otto mit seinem Namesvetter Christoph Otto die Kameradschaft Pinneberg auf, die eng in das Netzwerk der Freien Nationalisten um die Hamburger Neonaziführer Christian Worch und Thomas Wulff eingebunden ist.

Unter dem Motto „Rote Zecken klatschen“ ging Otto 1997 nach einer Feier in Pinneberg zusammen mit weiteren Neonazis aus der Kameradschaft auf Jagd nach St.-Pauli-Fans. Am Pinneberger Bahnhof stießen sie aber auf einen Togolesen, den sie stattdessen brutal zusammenschlugen. 1998 verurteilte ein Gericht den in Rellingen wohnhaften Otto deshalb zu zwei Jahren auf Bewährung.

Regelmäßig marschiert die Kameradschaft nicht nur auch als „Pinneberger Sturm“ in Norddeutschland auf, sondern aus ihren Umfeld heraus fanden Übergriffe auf Flüchtlinge und Ausländer statt. Mehrmals ermittelten die Behörden wegen Körperverletzungen und Waffendelikten. 1999 erfolgten aus dem Umfeld der Kameradschaft Anschläge auf das Elmshorner IG Metall-Büro und aus ihren Kreisen kamen Morddrohungen gegen den Chef der IG Metall-Untere Elbe Uwe Zabel.

„Der Angriff auf die Polizeibeamten wird nicht ohne Konsequenzen bleiben“ versichert Heinz Parchmann als Leiter der Polizeiinspektion Pinneberg. Mittlerweile haben die ermittelnden Beamten Otto festgenommen und dem Haftrichter vorgeführt. Seitdem sitzt er wegen der Körperverletzung des Naziskinhead in Untersuchungshaft. Bisher haben die Ermittler jedoch noch nicht alle Angreifer der Polizisten gefunden. Nur ein 23-jähriger Neonazi aus Elmshorn ist festgenommen worden. Die Ermittler durchsuchten aber bereits 16 Wohnungen von Tatverdächtigen, um vor allem Stiefel und Kleidung sicherzustellen. Per DNA-Analyse sollen die Täter gefunden werden. Denn, so Lassen, „als der Kollege am Boden lag, hat er vor lauter Stiefel nicht mehr gesehen“.

Dem Gewerkschaftsfunktionär Uwe Zabel reichen solche Maßnahmen nicht aus. „Der Pinneberger Sturm“, so fordert er, „gehört als Tarn- und Nachfolgeorganisation des bereits verbotenen Hamburger Sturms verboten“. Schon viel zu lange und viel zu ungestört könne die Kameradschaft im Landkreis agieren.

Von den polizeilichen Maßnahmen und der Androhung des „härteren Durchgreifen“ zeigt sich die Kameradschaft bisher unbeeindruckt. In der Nacht zum 21. April sprühten Neonazis auf die Eingangstür der Polizeistation Ellerbek „Juden raus“ und ein Hakenkreuz. An verschiedenen Brücken über die BAB 23 hängten sie Transparente mit der Aufschrift „Freiheit für die Nationalsozialisten“ und „Es wird ein heißer Sommer“. *Andreas Speit*

Aktivitäten**Versuch der Zensur**

DVU-Funktionäre wollten mit fragwürdigen Methoden eine nach ihrer Vorstellung missliebige Ausstellung verhindern.

Eine Ausstellung zum Thema „Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland“ hat in Wolfen im Landkreis Bitterfeld für Wirbel gesorgt und wird wohl auch noch die Gerichte beschäftigen. Die Ausstellung, gemeinsam von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) und der IG Metall konzipiert und zusammengestellt, stieß dem Kreisvorsitzenden der Deutschen Volksunion (DVU) Andreas Klar übel auf. Zwar hat die Ausstellung, die zur Unterstützung des Geschichts- und Sozialkundeunterrichts für Schüler der Klassenstufen 8 – 10 konzipiert wurde, ohne jegliche behördliche Beanstandung schon in Schulen mehrerer Bundesländern Station gemacht, Klar jedoch passt sie nicht in sein vom DVU-Parteichef und Verleger Gerhard Frey und seinen rechtsextremistischen Büchern, Zeitungen und Schriften geprägtes Weltbild. Klar fühlt seine Partei durch die Exposition verleumdet und diffamiert.

Dass er selbst sich durch rechtlich zumindest zweifelhafte Methoden überhaupt erst Zutritt zu der Ausstellung verschafft hatte, tut für den DVU-Funktionär Klar nichts zur Sache. Durch seine Aktivitäten mussten sich sogar die Polizei und das Schulaufsichtsamt Gräfenhainichen mit der Ausstellung beschäftigen. Klars Sohn ist Schüler der Sekundarschule „Erich Weinert“ in Wolfen und muss wohl im heimischen Tischgespräch von der Ausstellung berichtet haben. Jedenfalls beehrte Klar telefonisch, die Ausstellung in Augenschein nehmen zu können, was ihm durch die Schulleiterin Marie-Luise Witt aber verwehrt wurde. „Es handelt sich bei dieser Ausstellung um eine schulinterne Veranstaltung, die einer breiteren Öffentlichkeit nicht zugänglich ist“, begründete die Schulleiterin diese Ablehnung. Noch am Nachmittag desselben Tages stand die Polizei im Schulgebäude, berief sich auf „Hinweise aus der Bevölkerung“, nahm die umstrittene Ausstellung nicht nur in Augenschein, sondern fertigte zur Dokumentation auch noch Fotografien an und erklärte die Ausstellung bis zur Klärung der Angelegenheit für vorübergehend geschlossen.

Dem Chef des Schulaufsichtsamtes, Bernd Schädel, der durch Klar ebenfalls alarmiert worden war, teilte die Polizei schließlich mit, dass sie in der Ausstellung keinerlei Anlass zum Einschreiten sehe. Schädel sah das ähnlich. Die Ausstellung wurde wieder in den Unterricht einbezogen.

Klar wollte sich damit nicht zufrieden geben. Mit ausgesprochen fragwürdigen Begründungen verschaffte er sich schließlich selbst Zugang zur Ausstellung. „Eine Frau hat sich als Landtagsabgeordnete vorgestellt und erklärt, dass sie das Recht habe, das Schulgebäude und die Ausstellung in Augenschein zu nehmen“, sagt Schulleiterin Witt. „In ihrer Begleitung befand sich besagter Vater.“ Die Frau habe gegen den ausdrücklich erklärten Willen der Schulleiterin nicht nur die Ausstellung gefilmt, sondern auch die Schulleiterin selbst.

Bei der Frau handelt es sich aber nicht um eine Parlamentarierin aus Sachsen-Anhalt, sondern um die Potsdamer Abgeordnete Birgit Fechner. Dass sie sich als brandenburgische Abgeordnete in Sachsen-Anhalt Zutritt zu einer Schule verschafft hat und damit rechtswidrig gehandelt hat, tut aus Sicht Fechners „nichts zur Sache“. Die DVU werde gegen die Urheber der Ausstellung „wegen übelster Verleumdung wohl Strafanzeige stellen“, erklärt die Brandenburger DVU-Abgeordnete. Einer solchen Strafanzeige müssen sie und ihr Parteifreund Klar sich möglicherweise aber selbst stellen. Denn das unbefugte Eindringen in die Schule unter Vorpiegelung falscher Tatsachen dürfte auf jeden Fall einen Straftatbestand darstellen. Und der Straftatbestand des Hausfriedensbruches dürfte außerhalb parlamentarischer Einrichtungen kaum durch die Immunität oder Indemnität von Abgeordneten geschützt sein. Schulleiterin Witt hat dieses Eindringen und die Filmaufnahmen ihrer Person zwar als Unverschämtheit empfunden und dieses so auch der Polizei mitgeteilt, ob sie darüber hinaus gehend auch Strafanzeige gegen die beiden DVU-Funktionäre stellen will, hat sie noch nicht entschieden.

Die vom Münchner Verleger Frey gegründete und von ihm autoritär geführte DVU ist nach einer beispiellosen populistischen und insbesondere ausländerfeindlich akzentuierten Materialschlacht in einem sonst nahezu anonymen Wahlkampf im Frühjahr 1998 mit 12,9 Prozent der Wählerstimmen und 16 Abgeordneten in den Magdeburger Landtag eingezogen. In Wolfen hat die DVU sogar 17,4 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen können. Im Landtag hat sich die Fraktion mittler-

weile gespalten. Neben der Frey-getreuen Fraktion unter dem Landesparteivorsitzenden Dieter Kannegeßer, die sich seit kurzer Zeit wieder DVU-Fraktion nennt, gibt es die von der einst der SED zugehörigen Claudia Wiechmann gegründete Fraktion der FDVP (Freiheitliche Deutsche Volks-Partei), die formaljuristisch betrachtet, Rechtsnachfolgerin der DVU-Fraktion war und die sich eigenen Angaben zu Folge an der Programmatik der FPÖ orientiert. Der Verfassungsschutz in Sachsen-Anhalt beobachtet die FDVP, der die Fraktionsvorsitzende Claudia Wiechmann auch als Bundesparteichefin vorsteht, seit ihrer Gründung und stuft sie als „eindeutig rechtsextremistisch orientiert“ ein. Ein weiterer ehemaliger DVU-Abgeordneter, Torsten Miksch, gehört dem Landtag seit seinem Ausschluss aus der DVU-Fraktion als fraktionsloser Abgeordneter an und wird der Vereinigten Rechten zugerechnet, einer Organisation, die ihren Bundessitz in Baden-Württemberg hat.

Zwei der drei rechtsextremen Skinheads, die im vergangenen Jahr den Mosambikaner Alberto Adriano mit beispielloser Brutalität und Menschenverachtung zu Tode geprügelt und getreten haben, stammen aus dem Plattenbauviertel Wolfen Nord und in der Glatzenszene dieses Viertels wird den beiden zur Tatzeit 17-Jährigen, die wegen Mordes zu jeweils neun Jahren Jugendstrafe verurteilt worden sind, durchaus eine ganze Menge an Achtung und Bewunderung entgegen gebracht. Insofern scheint die Ausstellung über Geschichte und Gegenwart von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus, die in sechs Exemplaren durch die Schulen deutscher Lande tingelt, in Wolfen genau richtig platziert gewesen zu sein. Umso empörter sind nicht nur Schulleiterin Witt und ihre Kollegen über den Zensurversuch der DVU.

Die VVN-BdA zeigte sich befremdet, zugleich aber auch nicht ganz unerfreut über die Reaktionen aus der rechtsextremen Partei. „Wenn sich die DVU durch die Darstellung und Erläuterung neofaschistischer Ideologie entlarvt fühlt, dann hat die Ausstellung nicht nur genau den Richtigen getroffen“, meint Ulrich Schneider vom VVN-BdA-Bundesvorstand. Dann habe die Ausstellung eigentlich auch bereits eines ihrer Ziele erreicht.

Welche Bedeutung und welchen Wert die Ausstellung für den Geschichts- und Sozialkundeunterricht 14- bis 17-jähriger Schüler hat, mag man daran erkennen, dass alle sechs Versionen bis zum Frühsommer ausgebucht sind. *Eberhard Löblich*

Aktivitäten

Kühnens Vermächtnis

Vor zehn Jahren starb der damals prominenteste Neonazi in der Bundesrepublik Deutschland im Alter von 35 Jahren an der Immunschwächekrankheit AIDS. Sein einstiger enger Mitstreiter Thomas Brehl arbeitet seither am politischen Vermächtnis des „deutschen Revolutionärs“ Kühnen. Eine Kurzbiographie wird seit Ende der 90er Jahre von einem „Arbeitskreis kühnentreuer Aktivisten in der Nationalen Außerparlamentarischen Opposition“ vertrieben. Kontaktadresse ist die bekannte GdNF-Postfachanschrift in den Niederlanden. Anlässlich des Jahrestages am 25. April gibt es auch Aufkleber mit dem Konterfei Kühnens, umrahmt von der Parole „Der Kampf geht weiter!“

Der Kühnen-Verehrer Brehl ist gegenwärtig bei dem neonazistischen Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS) als Stabschef aktiv. Gegründet wurde der KDS am 1. Mai 1999 in der Nähe von Cottbus. Unter den Mitgliedern finden sich Kühnen-Getreue, aber auch Nationalbolschewisten. Der Berliner Michael Koth war Mitglied der SED, Kader der KPD/Ost und Kopf der Partei der Arbeit Deutschlands. Zu den Vorbildern und Programmatikern, auf die sich der KDS beruft, gehören neben Kühnen Friedrich Engels, Joseph Goebbels, Kim Jong II und Ernst Thälmann. Eine „wahrhaft groteske Reihe“, wie der Verfassungsschutz von Brandenburg bemerkte.

Susanne Wolf

Hinweis

Dresden – In der Sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung findet am 18. Mai ein Vortrag mit Filmvorführung über den Wiener Anton Schmid statt. Der Feldwebel der deutschen Wehrmacht rettete durch sein couragiertes Handeln 1941 und 1942 bis zu 300 Juden vor der Ermordung durch die SS-Einsatzgruppen. Anfang 1942 wurde Schmid verhaftet und im April erschossen. Die Veranstaltung wird vom Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie und der Landeszentrale in Zusammenarbeit mit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten durchgeführt. Referenten sind der Publizist und Historiker Arno Lustiger aus Frankfurt/Main und der Freiburger Militärgeschichtler Wolfram Wette.

**Datum und Ort: Freitag, 18. Mai 2001, 19.00 Uhr,
Sächsische Landeszentrale für politische Bildung,
Schützenhofstraße 36, 01129 Dresden**

Aktivitäten**„Luftnummer“****Militanter „Anti-Antifa“-Aktivist muss wieder vor Gericht**

„Lasst die Herrschenden spüren, wir sind bereit, sie wie auch immer zu beseitigen und für ihr Tun zu bestrafen. Alle sind angreifbar, überall und an jedem Ort!“. Diese Sätze stammen aus dem Neonazi-Blatt „Reichsruf“. Die Staatsanwaltschaft Frankenthal ist sicher, dass der „Anti-Antifa“-Aktivist Stefan Michael Bar das Heft erstellt und verbreitet hat. Sie hat deshalb jetzt gegen den 24-Jährigen aus Kirrweiler bei Neustadt an der Weinstraße Anklage wegen Volksverhetzung, Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen und Anleitung zu Straftaten erhoben.

Bar hatte nur wenige Monate nach seiner Haftentlassung im Sommer 1999 die sechste Ausgabe des „Reichsruf“ erstellt und verbreitet. In dem Heft war unter anderem ein Hakenkreuz abgebildet. Außerdem wurde ein antisemitisches Interview mit einem „Ignatius Spitzbubis“ abgedruckt. Ein Exemplar des „Reichsruf“ wurde bei dem Neonazi-Mörder Jens-Werner Klocke in der JVA Brandenburg sichergestellt. Als knapp ein Jahr später im August 2000 die Polizei mit einem Durchsuchungsbeschluss bei dem Neonazi auftauchte, entdeckten die Beamten hinter einem Bilderrahmen die Druckvorlage für die siebte Ausgabe des antisemitischen Hetzblattes. Trotzdem tauchte drei Monate später eine „Sonderausgabe Reichsruf Nr. 7“ auf. Darin rät Bar seinen Kameraden zwischen Zitaten von Che und Ulrike Meinhof, das System lasse sich nur mit nackter und kalter Gewalt beseitigen. Man dürfe nicht wie die RAF in die Illegalität abtauchen, man müsse sich eher hinter einer unscheinbaren, bürgerlichen Existenz verstecken, im Verborgenen operieren und unerkannt bleiben. Ein Netz aus vielen unabhängigen Zellen und Widerstandsgruppen könne die nationale Revolution einleiten. Waffen solle man im Ausland beschaffen.

Der Adoptivsohn einer schwäbischen Lehrerfamilie gehört seit Jahren zur militanten Neonazi-Szene im Südwesten. 1997 hatte er gemeinsam mit Komplizen die Jüdischen Friedhöfe in Busenberg und Neustadt an der Weinstraße verwüstet, sowie Mitarbeiter der Jüdischen Gemeinde in Mannheim telefonisch bedroht. 1999 wurde Bar deshalb zu ei-

ner Gesamtstrafe von dreieinhalb Jahren Haft verurteilt. Obwohl er auch aus dem Gefängnis heraus volksverhetzende Texte verbreitete, wurde er im Sommer 1999 vorzeitig entlassen. Schon kurz darauf soll der Neonazi die „Anti-Antifa“-Adressliste „Wehrwolf“ erstellt und verbreitet haben.

In der braunen Szene gilt Bar als eitler Selbstdarsteller mit einem starken Hang zur Überheblichkeit. Zeitungsberichte, die ihn als gefährlichen und unkalkulierbaren Überzeugungstäter darstellen, gefallen ihm. Hefte wie den „Wehrwolf“ schickt er an Redaktionen in ganz Deutschland. Nach Veröffentlichungen in den Medien schreibt er eifrig Briefe an die Autoren, in denen er die seiner Meinung nach mal wieder schlecht recherchierten Berichte richtig stellt. Als im Rhein-Neckar-Raum ein Outing-Flugblatt der Antifa mit einem Foto von Bar auftauchte, war die linke Szene erstaunt. Sie hatte nämlich weder ein Flugblatt gebastelt, noch das Foto von Bar vor der schwarz-weiß-roten Fahne je zuvor gesehen. Bar, da sind sich die Linken sicher, hat das Flugblatt selbst gebaut. Und während er von seinen Mitstreitern konspiratives Vorgehen fordert, gibt Bar selbst schon mal ein Fernsehinterview. Diese Widersprüche sind auch den echten „Anti-Antifa“-Aktivisten nicht verborgen geblieben. So wird Bar im Internet als „Luftnummer“ bezeichnet. Laut wird der Verdacht geäußert, dass er sich dem gehassten System längst angedient habe. Intern habe er auch schon seinen Rückzug von allen politischen Aktivitäten angekündigt.

Alle Bemühungen Bars seit der Haftentlassung im Sommer 1999, im Südwesten eine Späher-Truppe zu gründen, endeten bald nach der Namensfindung. Aus der „Anti-Antifa Kurpfalz“ wurde kurze Zeit später die „Anti-Antifa Saarpfalz“, von der seit langem nichts mehr zu hören ist. Der „Wehrwolf“ war zwar die erste offizielle Veröffentlichung der „Anti-Antifa“ seit dem „Einblick“, doch qualitativ wird das Vorbild nicht mal ansatzweise erreicht. Der Verfasser hat willkürlich Namen aus aller Welt zusammengetragen, selbst der längst verstorbene Zino Davidoff wird als aktueller „Gegner“ eingestuft. Die wenigen genauen Adressen und Telefon-Nummern sind leicht zu ermitteln. Wie umfassend die nicht veröffentlichten Daten der „Anti-Antifa“ sind, ist fraglich.

Bar selbst wurde zuletzt im Februar bei einer NPD-Demonstration in Ludwigshafen gesichtet. Zwischen Skinheads und Altnazis trug der „Wehrwolf“ ein NPD-Schild vor sich her. *Benny Bender*

Verfassungsschutz

Im Bundestrend

In Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sind die rechtsextremen Straftaten deutlich angestiegen. Zuwachs haben auch die militanten Rechten.

Keinesfalls eine Beruhigung sei es, dass Nordrhein-Westfalen bei der Gefahr durch Rechtsextremismus im Bundestrend liege, erklärte Innenminister Fritz Behrens bei der Vorstellung des aktuellen Landesverfassungsschutzberichtes am 11. April in Düsseldorf. Die rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Straftaten in Nordrhein-Westfalen sind um 74,1 Prozent auf 2 223 Fälle (1999: 1 277) hochgeschwollen, die Gewalttaten um Dreiviertel auf 153 (Vorjahr: 87) Vorfälle – darunter zwei Tötungsdelikte und 136 Körperverletzungen – angestiegen. Wegen rechtsextremer Aktivitäten kam es im Jahr 2000 zu 321 rechtskräftigen Verurteilungen. 30 Prozent der Straftäter waren dem Innenministerium zufolge jünger als 18 Jahre, weitere 30 Prozent zwischen 18 und 20-jährig. Bei den über 40-Jährigen betrug die Straftatenquote 7 Prozent.

Das rechtsextreme Potenzial in NRW ist auf insgesamt 5 470 (1999: 5 260) Personen angestiegen, darunter 720 (680) militante Rechtsextremisten und Skinheads. Leichte Zuwächse verzeichnet das rührige neonazistische Spektrum mit 220 (180) Anhängern. Die braune Szene hat NRW verstärkt zu ihrem Aufmarschgebiet auserkoren, zu den Demonstrationen wird bundesweit mobilisiert. Mit von der Partie war dabei vielfach der Hamburger Christian Worch. Eine der aktivsten Gruppierungen in NRW ist dem Bericht zufolge die ehemalige Sauerländer Aktionsfront, die unter verschiedenen Namen firmiert. In Verbindung mit Kameradschaften im Kölner und Duisburger Raum wird der Kampfband Deutscher Sozialisten (KDS) gebracht. Als Besorgnis erregend bezeichnet der Bericht einen Trend der neonazistischen Szene zu zunehmender Militanz; Kurzschlusshandlungen Einzelner könnten nicht gänzlich ausgeschlossen werden, die Entwicklung müsse aufmerksam beobachtet werden. Nach Einschätzung der Verfassungsschützer dürfte die Neonazi-Szene von dem derzeit zurückhaltenden Kurs der NPD profitieren, als sich die militanten NPD-Anhänger ihr zuwenden könnten. Bei den Jungen Nationaldemokraten (JN), die zwar ihren Mitgliederstand auf rund 60 Personen (40)

steigern konnten, falle durch eigene Aktivitäten vornehmlich die JN-Gruppe Duisburg auf, die eine besondere Nähe zum Neonazi-Spektrum aufweise. Hinsichtlich des Verhältnisses der NPD zu den Neonazis konstatiert der Bericht einen sich anbahnenden tiefgreifenden Konflikt. Mit dem Überfall auf Teilnehmer einer Gedenkveranstaltung in Wuppertal im vergangenen Sommer sei erstmals nachweislich eine direkte Beteiligung von hohen NPD/JN-Funktionären in NRW an Gewalttaten erfolgt, halten die Verfassungsschützer fest. Die NPD steigerte ihre Anhängerschaft auf 850 (780) Personen. Im – sich vermutlich verstärkenden – Abwärtstrend liegen die Republikaner mit 1 450 (1 500), die DVU konstant bei 2100 Mitgliedern.

In Rheinland-Pfalz ist die Zahl der rechtsextremen Straftaten um 73,3 Prozent auf 610 (1999: 352) Vorfälle angestiegen. Ein Zuwachs von mehr als 50 Prozent war bei den 37 (24) Gewalttaten zu verzeichnen, worunter 33 Körperverletzungen fielen. Dies bilanziert der aktuelle Landesverfassungsschutzbericht für das Jahr 2000. Besonders gravierend war der Brandanschlag vom 16. Juli vergangenen Jahres auf eine Asylbewerberunterkunft in Ludwigshafen, wobei drei Kinder schwer verletzt wurden. Die zum Teil jugendlichen Täter hatten Kontakt zur neonazistischen Szene. Rückläufig waren mit 7 (12) Fällen die Schändungen von jüdischen Friedhöfen.

Mit rund 1 900 Anhängern stagniert nach Erkenntnissen des Landesverfassungsschutzes das rechtsextreme Personenpotenzial, davon werden wie in den vergangenen Jahren 100 den Gewaltbereiten zugerechnet. Von den rund 350 (300) Skinheads stuft die Behörde 50 als neonazistisch ausgerichtet ein. Feste rechtsterroristische Strukturen seien bisher nicht erkennbar, so die Verfassungsschützer, gleichwohl existierten „ernstzunehmende Hinweise auf rechtsterroristische Planungen von Einzeltätern oder isolieren Kleingruppen“. Mehrfach kursierten im vergangenen Jahr Schriften aus dem braunen Untergrund – „Der Wehrwolf“, „Der Frontkämpfer“, „Nahkampf – Mitteilungsblatt für nationale Sozialisten“, der „Reichsruf“, in denen politische Gegner geoutet und zur Gewalt aufgerufen wurde. Gegen den Neonazi Michael Bar, der als Verfasser des „Reichsruf“ ermittelt wurde, wurde jetzt Anklage erhoben.

Unverändert ist der Mitgliederstand bei den rechtsextremen Parteien: NPD und Junge Nationaldemokraten verfügen über 250 beziehungsweise 30 Mitstreiter, Stagnation ebenso bei der DVU mit 850 und den Republikanern mit 600 Mitgliedern. G.N.

Seitenblick**Grenzziehung**

Deutsche Richter machen es den – endlich – zur nachhaltigen Verfolgung des Rechtsextremismus Entschlossenen in Politik und Gesellschaft offenbar schon wieder nicht Recht. Das Bundesverfassungsgericht korrigierte das vom Oberverwaltungsgericht Münster ausgesprochene Verbot eines Ostermarschs des Obernazis Christian Worch in Hagen und handelte sich prompt den bekannten Vorwurf ein, auf dem rechten Auge blind zu sein. Das hatte es auch wenige Tage zuvor getan, als es das – vom selben Gericht ausgesprochene – Verbot eines Naziaufmarschs an der deutsch-niederländischen Grenze aufgehoben hatte. Dabei hatte das oberste deutsche Gericht nicht mehr getan als in Erinnerung zu rufen, das Grundrecht der Versammlungsfreiheit nach Artikel 8 des Grundgesetzes gilt für „alle Deutschen“. Die einzige einschränkende Voraussetzung lautet: friedlich und ohne Waffen.

Man kann den Münsteraner Richtern darin folgen, dass Worch unter Inanspruchnahme der linken Konnotation „Ostermarsch“ zum Zwecke der Provokation und nicht zur Verteidigung von Grundwerten marschieren wollte. Frage 1: Welcher Demonstrant demonstriert denn nicht provozierend für seine Vorstellungen? Frage 2: Wird die deutsche Demokratie wirklich gefährdet, weil Worch sich den Hagenern am „christlichen Versöhnungsfest“ Ostern als bekennender Neo-Nationalsozialist präsentieren will? Bekanntlich ist die Begeisterung für christliche Feste rückläufig. Und ob, wie von dpa angekündigt, jeder dritte Deutsche zu Ostern in die Kirche gegangen ist, erscheint zweifelhaft. So unangenehm es uns ist, auch Nazis sind Deutsche und Träger von Grundrechten. Rosa Luxemburgs Parole „keine Freiheit den Feinden der Freiheit“ ist politisch richtig, verfassungsrechtlich aber nicht richtig. Das Bundesverfassungsgericht hat in jüngster Zeit bei mehreren Gelegenheiten das Spannungsverhältnis zwischen Verfassungstreue und Werteloyalität ausgemessen. Nur die Akzeptanz der Verfassungswerte kann der pluralistische Staat erzwingen, nicht jedoch Verfassungsloyalität und davon profitieren – nicht nur – Neonazis. Die Hagener haben richtig reagiert, indem sie nicht ihrerseits mit Provokationen auf die Provokation Worchs reagiert haben, sondern mit Nichtbeachtung und nach Schluss der Demonstration mit einem eindrucksvollen Bekenntnis zur Werteloyalität. *K.H.R.*

Ausland**Italien vor der Wahl**

Das Rechtsbündnis von Forza Italia, Lega Nord und Alleanza Nazionale weist erhebliche programmatische Differenzen auf. Mit im Boot ist auch die neofaschistische Fiamma Tricolore.

Was ist Realität in einer Welt der Medien? Realität ist nur das, worüber die Medien berichten. Wenn die Masse der Medien von einem einzigen Menschen gesteuert wird, wird die Wirklichkeit zur Ware. Im Falle Italiens zur wohlfeilen Handelsware des Medienzaren Silvio Berlusconi, der sich anschickt, mit seinem Bündnis „Haus der Freiheit“ nach den Parlamentswahlen am 13. Mai auch die politische Wirklichkeit zu bestimmen. Die Meinungsforscher kennen die künftige Wirklichkeit bereits: Einen Vorsprung in zweistelliger Größenordnung sagen sie für Berlusconi & Co (51 Prozent) gegenüber dem Mitte-Links-Bündnis (38 Prozent) voraus.

Zwar rief Berlusconi in einem Anflug von Größenwahn bei einer Wahlkampfveranstaltung einem Rollstuhlfahrer zu „Steh' auf und wandle!“, doch seine reale Siegeszuversicht scheint deutlich geringer zu sein. Er scheint zu fürchten, dass die Größenordnung seines Wahlkampfes durch die Zahl der Strafverfahren gegen ihn in den Schatten gestellt werden könnte. So scheut er auch vor Tiefschlägen gegen den Gegner nicht zurück. Dieser sei, so verkündete er, schuld an Morddrohungen, die es gegen ihn und seine Freunde gegeben habe. Und auch der 1999 verübte Mord an dem Gewerkschafter Massimo D'Antona sei eine interne Abrechnung innerhalb der Linken.

Der mächtige Unternehmerverband Fininvest steht geschlossen hinter Berlusconi, doch dieser weiß, dass trotz des Vorsprungs insgesamt in einigen Wahlkreisen die Unterstützung kleiner Rechtsparteien entscheidend sein kann. Trotz zahlloser Dementis wurde im April eine Abmachung mit dem faschistischen Hardliner Pino Rauti getroffen. Dieser zieht zwei seiner Kandidaten in knappen Wahlkreisen zurück, dafür erhält sein Parteigänger Luigi Caruso von der Forza Italia den sicheren Wahlkreis Avola. Umberto Bossi Lega Nord dürfte mit diesem Schritt keine Probleme haben, denn schließlich ist sie mit der neofaschistischen Fiamma Tri-

colore im Europaparlament in einer Fraktionsgemeinschaft. Die aus der früheren christdemokratischen Partei kommenden Teile des Bündnisses haben allerdings damit Bauchschmerzen, da sie sich weiterhin in der antifaschistischen Tradition der Democrazia Christiana sehen.

Neu ist diese Übereinkunft nicht, denn bereits bei den Regionalwahlen im April 2000 hatte es Absprachen mit der Fiamma Tricolore gegeben. Rautis Partei wiederum braucht dringend Erfolgserlebnisse, denn nach etlichen Machtkämpfen und Abspaltungen sowie wachsende Konkurrenz im neofaschistischen Lager, besonders durch die militante Forza Nuova, gilt es zu verhindern, dass die Fiamma Tricolore vollends im Abseits landet. Widerstände gibt es gegen die Vereinbarung aber auch bei den Neofaschisten, wo befürchtet wird, Pino Rauti könne den Weg von Gianfranco Finis Alleanza Nazionale einschlagen.

Berlusconis wirtschafts- und sozialpolitische Vorgaben sind nämlich vollständig neoliberal geprägt, ein Nulldefizit des Haushalts und eine Reform des Rentensystems zum Abbau der hohen italienischen Pensionen dabei im Zentrum stehend. Dies widerspricht nicht nur den korporatistischen Vorstellungen der Neofaschisten – sowohl in der Fiamma Tricolore wie auch in der AN, besonders bei der ihr nahe stehenden Gewerkschaft UGL (ehemals CISNAL) –, sondern könnte auch schnell zur Enttäuschung der eigenen Klientel führen. Die Schwierigkeiten, die die FPÖ seit ihrer Regierungsbeteiligung in Österreich hat, sind ein warnendes Beispiel. Auch beim neben der AN wichtigsten Partner der Forza Italia, der Lega Nord, dürfte der neoliberale Kurs auf wenig Gegenliebe stoßen. Sie schwankt mehr zwischen einem Populismus à la Haider und einer Interessenpolitik für die kleinen Gewerbetreibenden und Freien Berufe.

Die offenkundigen programmatischen Differenzen sind jedoch nicht die Hauptsorge bei der MSI-Nachfolgepartei Alleanza Nazionale. Hier spricht man offen die Befürchtung aus, dass Berlusconis nur lose strukturierte Honoratiorenpartei innerhalb des „Hauses der Freiheit“ eine hegemoniale Rolle einnehmen könne, der AN dann nur die Rolle des Juniorpartners zufallen werde. Noch in unguter Erinnerung sind die Geschehnisse nach der Regierungsbeteiligung 1994, bei der die AN mit relativ unwichtigen Ressorts abgespeist wurde, die kaum zur Profilierung dienen konnten. Zudem waren damals die aus der traditionellen neofaschisti-

schen Bewegung stammenden Kader bei der Postenvergabe ausgeschlossen worden, da man wegen der möglichen Reaktion des Auslands besorgt war. Innerparteilich gab es somit erheblichen Unmut, dass lediglich die neu zur AN gestoßenen Konservativen und Monarchisten – allesamt auf Fini-Kurs – bedacht wurden.

Die Erhebungen der Meinungsforschungsinstitute, die die AN bei circa 14 Prozent sehen, sprechen dafür, dass sich die Partei zwar stabilisiert hat, gegenüber den Europawahlen 1999, bei denen nur 10 Prozent erzielt wurden, sogar deutlich gewinnen wird, aber die Spitzenergebnisse des Jahres 1996 nicht wieder erreicht werden können. Man weiß in der AN, dass die eigenen Vorstellungen von einer Präsidialdemokratie und einer starken Rolle des Nationalstaates in einer künftigen Regierung auf den entschiedenen Widerstand der Lega Nord stoßen werden. Berlusconi kann sich hier auf die Rolle des Schiedsrichters beschränken. Außerdem würde man bei einer Zustimmung zum thatcheristischen Wirtschaftsliberalismus der Forza Italia einen Teil der Klientel verlieren, der noch durch die Programmatik des alten MSI geprägt ist. Auch wenn die Regierungsmacht lockt, ist das künftige Dilemma bereits absehbar.

Im Europaparlament hatte sich die AN mit der französischen europafeindlichen Gruppierung um den Adligen Philippe de Villiers und den ehemaligen Gaullisten Charles Pasqua zusammengetan, die inzwischen im Zerfall begriffen ist. Nicht nur dieser Schritt hatte zu heftiger Kritik durch die anderen europäischen Rechtsparteien geführt. Doch auch wenn diese sich von der AN distanzieren, bleibt doch der Umstand, dass das Verhältnis der AN zum Faschismus nur als zwiespältig bezeichnet werden kann. Der italienische „neu“rechte Theoretiker Marco Tarchi, selbst dem MSI entstammend, kritisiert durchaus berechtigt: „Was den Faschismus betrifft, bezieht die AN eine bewusst zweideutige Position. In einigen Parteisektionen findet man an den Wänden immer noch Mussolini-Bilder, und die Jüngeren – wenn sie auch immer weniger selbständig und einflussreich sind – fahren fort, eine Ideologie zu kultivieren, die den europäischen Faschismus romantisch idealisiert – mit Leitbildern aus der 'zweiten Reihe' wie Codreanu, Degrelle oder José Antonio.“

Zu Befürchtungen besteht also Anlass, sollten sich die Prognosen, die einen Sieg des Rechtsbündnisses am 13. Mai sehen, bewahrheiten. *Jean Cremet*

Ausland**Feind des Systems**

Der Attentäter von Oklahoma, der am 16. Mai hingerichtet werden soll, sieht sich bis heute als Gefangener im Krieg gegen einen Unterdrückungsstaat.

In seiner ersten öffentlichen Stellungnahme zu den Motiven für den Bombenanschlag vom 19. April 1995 in Oklahoma City hat Timothy McVeigh die Tat als Racheakt für die Polizeiaktionen in Waco und Ruby Ridge bezeichnet. Dass Kinder ums Leben gekommen sind bedauert der 32-Jährige lediglich, da dies seinen Zielen vor allem in der öffentlichen Anschauung zuwiderlaufen könnte. In dem blutigsten Terroranschlag aller Zeiten auf amerikanischem Boden wurden 168 Menschen getötet, 19 davon Kinder.

In insgesamt 75 Stunden Gefängnis-Interviews sprachen zwei Reporter der „Buffalo News“ mit dem zum Tode Verurteilten, der ihnen gegenüber erstmals das Attentat explizit zugab. Bevor er sich für das Murrah-Gebäude in Oklahoma City entschieden hatte, so McVeigh, waren noch andere Ziele auf seiner Liste, einschließlich Attentate auf bekannte Politiker. Laut FBI schloß dies auch Objekte in Dallas und Omaha, Nebraska, mit ein. Die Wahl fiel schließlich auf den dann durchgeführten Bombenanschlag, da die großflächige Glasfassade des Murrah-Gebäudes besonders anfällig gewesen sei und die mediale Wirkung, auf die es McVeigh gerade ankam, durch vorteilhafte Kameraeinstellungen optimal war. McVeigh zeigte sich in den Interviews enttäuscht, dass seine 7000 Pfund Bombe (circa 3175 Kilogramm) das Gebäude nicht vollständig zum Einsturz bringen konnte.

Es wäre beruhigend, Timothy McVeigh als geistesgestörten Einzeltäter abtun zu können. Tatsächlich jedoch lag seinem Bombenanschlag eine handfeste, wenn auch kaum rationale, regierungsfeindliche Ideologie zugrunde. Das Schlusswort des Angeklagten Timothy McVeigh, bevor er als Hauptattentäter von Oklahoma City zum Tode verurteilt wurde, lautete: „Ich wünsche die Worte des Richters Brandeis aus seiner Gegenrede für mich sprechen zu lassen. Er schrieb: 'Unsere Regierung ist der potente, der omnipräsente Lehrer. Ob im Guten oder Bösen, sie lehrt das gesamte Volk nach ihrem Beispiel.' Das ist alles was ich habe.“

Was im ersten Moment als eher verwirrend und aus dem Zusammenhang gerissen anmutet, fügt sich jedoch nahtlos in die radikale Anti-Regierungsideologie ein, der neben McVeigh eine ständig steigende Zahl von Amerikanern anhängt. So sind für die Gegner der Bundesregierung in Washington drei Ereignisse der jüngeren Vergangenheit von herausragender Bedeutung: die Belagerung des Hauses der Familie Weaver wegen kleinerer Waffenvergehen von Randy Weaver und anschließende Tötung von drei Menschen in Ruby Ridge, Idaho (22. August 1992), die blutige Erstürmung des Geländes der Branch Davidians in Waco, Texas (19. April 1993) sowie das Inkrafttreten der Brady Bill im November 1993, wonach unter anderem eine fünftägige Wartezeit bei dem Kauf von bestimmten Waffen gesetzlich festgelegt wurde.

Es ist wichtig zu vermerken, dass gerade Waco das Pearl Harbour des amerikanischen Rechtsextremismus darstellt und hier die gleiche Empörung auslöste wie unter Schwarzen die Misshandlung Rodney Kings durch weiße Polizisten in Los Angeles. Timothy McVeigh war extrem mit diesen drei Ereignissen beschäftigt und deutete sie als Anzeichen einer verhängnisvollen Entwicklung der Bundesregierung. Schon in einem Leserbrief vom Februar 1992 wird die Ernsthaftigkeit von McVeighs Bedenken sehr deutlich: „Was muss noch geschehen um die Augen der gewählten Volksvertreter zu öffnen? AMERIKA IST IN EINER ERNSTHAFTEN KRISE. (...) Steht ein Bürgerkrieg unmittelbar bevor? Müssen wir Blut vergießen, um das gegenwärtige System zu reformieren? Ich hoffe, dass es dazu nicht kommt! Doch es könnte.“ (Hervorhebung im Original).

Im März 1998 äußerte sich McVeigh, mittlerweile zum Tode verurteilt, in einem kurzen Essay, das er der Zeitschrift „Media Bypass“ geschickt hatte. Er prangerte darin die Doppelmoral der Bundesregierung wie auch der amerikanischen Öffentlichkeit an, die dem Militäreinsatz gegen den Irak zustimmen, jedoch den Bombenanschlag in Oklahoma City verurteilen: „In diesem Fall stimmt die Nation der Bombardierung von Regierungsbeamten zu, weil sie schuldig durch Zugehörigkeit sind – es sind irakische Regierungsbeamte. Hinsichtlich des Bombenanschlages von Oklahoma City wird diese Logik allerdings verdammt. (...) Ob sie es nun wahrhaben wollen oder nicht, wenn sie moralisch der Bombardierung ausländischer Ziele durch das US-Militär zustimmen, dann stimmen sie auch moralisch ähnlichen Taten wie in Oklahoma City zu...“

Hier setzt also McVeigh seinen Anschlag mit dem Einsatz der US-Armee im Irak moralisch gleich. Im Zuge einer Dehumanisierung sind alle Beamten der Bundesregierung „schuldig durch Zugehörigkeit“ zu dem verachtungswürdigen System. Bis zum heutigen Tag sieht Timothy McVeigh sich als POW (prisoner of war), als Gefangener im Krieg gegen einen von Partikularinteressen dominierten Unterdrückungsstaat. Als solcher wird er auch auf entsprechenden „POW-Listen“ geführt, die regelmäßig von amerikanischen Rechtsextremisten wie von „White Aryan Resistance“ (WAR), David und Katja Lanes „14 Words Press“ und auch in Alex Curtis' „Nationalist Observer“ publiziert werden.

■ „Als Einzelner die Hölle entfacht“ ■

Neben der Tatsache, dass der Erwerb von Handfeuerwaffen, auch illegaler vollautomatischer, in den USA nur eine Frage des Geldes oder von bestehenden Verbindungen in die US-Armee ist, hat Timothy McVeigh gezeigt, dass auch ein Bombenanschlag größerer Ordnung gegen Einrichtungen der Bundesregierung möglich ist. Schon 1988 wurde ein Plan von Rechtsextremisten zur Vergiftung des Trinkwassers von New York City und Washington, DC, mit bereits bereit stehenden 30 Gallonen Cyanid aufgedeckt. Im Jahre 1995 wurde die – in den USA legale – Lieferung von Pest-Erregern (*Yersinia pestis*) an den Mikrobiologen Larry Wayne Harris, Mitglied bei den Aryan Nations, im letzten Moment gestoppt. 1996 erhielten als Milizionäre auftretende undercover-Agenten des FBI von zwei Litauern Flugabwehrraketen und taktische Nuklearwaffen aus dem Bestand der ehemaligen Sowjetarmee zum Kauf angeboten.

Timothy McVeigh, der die US-Armee nach seinem Einsatz im Golfkrieg dekoriert aber desillusioniert verlassen hatte, galt als Modellsoldat. Dies ist er, wie die Durchführung des Anschlages und sein äußert kontrolliertes Verhalten im Gerichtsverfahren und in der Haft zeigen, immer noch. Wenn seine Exekution, der zahlreiche Angehörige der Opfer per Videoschaltung beiwohnen werden, am 16. Mai vollzogen ist, wird Timothy McVeigh zum Märtyrer und vielleicht Vorbild für eine unbestimmte Anzahl von Amerikanern werden. Seine Alleintäterschaft unterstreichend, stellt McVeigh in den Gefängnis-Interviews eine berechtigte wie beklemmende Frage: „Ist es nicht angsteinflößend, dass ein einzelner Mann so eine Hölle entfachen kann?“.

Thomas Grumke

Am Rande

Gedenktag 8. Mai

Zusammenbruch nennen ihn die Unbelehrbaren, Befreiung die anderen

Am 8. Mai 1945 kapitulierte die deutsche Wehrmacht bedingungslos. Hitler hatte sich am 30. April das Leben genommen. Deutschland war in den Monaten und Wochen davor Stück für Stück von seinem Regime befreit worden. Aber noch lange zischten die Deutschen das Wort „Befreier“ ironisch zwischen den Zähnen hervor. Die überlebenden KZ-Häftlinge, die Untergetauchten und die Menschen im Widerstand haben die alliierten Soldaten tatsächlich als Befreier erlebt, aber das war vor dem 8. Mai. Die meisten Deutschen waren erleichtert über das Ende des Krieges in ihrem Land, aber es war für sie eine Zeit der Lähmung und des Hungers. Befreiung gibt es nur für Menschen, die diesen Tag auch als Befreiung erleben.

Am 8. Mai ist der Hitlerstaat nicht zusammengebrochen, sondern die Kapitulation besiegelte seine militärische Zerschlagung. Wohl aber brachen viele Hitleranhänger, die bis zum Schluss an ein Wunder geglaubt hatten, zusammen. Hans Frank, ein enger Gefolgsmann Hitlers und Generalgouverneur im besetzten Polen, verübte 1945 zwei Selbstmordversuche, die beide beinahe erfolgreich gewesen wären. Während seines Prozesses in Nürnberg begründete er diese Selbstmordversuche gegenüber dem Gerichtspsychologen mit den Worten: „Und dann die ganze Katastrophe, wie Hitler seine Leute im Stich ließ und alles zusammenbrach“. Das Wort „Zusammenbruch“ war auf einmal da, und kein Propagandaminister hatte es ausgestreut. Der Nationalsozialismus brauchte Jahre, um in gewandelter Form wieder zu entstehen.

F.P. Heller

Hinweis

Heidelberg – Eine Tagung zum Thema „Rassismus und Neonazismus im Internet“ veranstaltet das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma am 10. Mai dieses Jahres in Heidelberg. Referieren werden die Journalistin Franziska Hundsecker, der Journalist Burkhard Schröder, der Verfassungsschützer Rainer Ewert und der Mannheimer Staatsanwalt Hans-Heiko Klein.

Informationen: Telefonnummer 06221/981102 oder www.sintiundroma.de

Bücherschau**Viele Juden gerettet**■ **Belgier bewiesen im Widerstand Mut** ■

Am 19. April 1943 stoppen drei junge Männer auf offener Strecke einen Zug, der 1600 Juden vom belgischen Sammellager Mechelen nach Auschwitz transportieren soll. Youra Livchitz, Jean Franklemon und Robert Maistriau befreien, ausgerüstet nur mit einer Pistole, einer Sturmleuchte und drei Zangen, 17 dem Tode geweihte Männer und Frauen – dann eröffnen die überraschten deutschen Bewacher das Feuer. Bis der Todeszug die deutsche Grenze erreicht, können weitere 225 Gefangene fliehen. „Unter einem sternenglänzenden Himmel, einem kalten und hellen Mond, warf ich mich in die Leere, meine beiden Arme über den Ohren, die Hände hinter dem Kopf, um ihn zu schützen“, erinnert sich eine Überlebende an ihren rettenden Sprung aus dem Zug. Die von der ehemaligen Brüsseler „Spiegel“-Korrespondentin Marion Schreiber gut recherchierte und packend erzählte Geschichte, reiht sich ein in eine seit Ende der 80er Jahre immer länger werdende Liste von Literatur zum Thema jüdischer Widerstand.

„Die Entschuldigung, es habe unter den Nazis keine Möglichkeit zur Hilfe gegeben, ist falsch“, sagte Paul Spiegel bei der Vorstellung des Buches in Berlin. Dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden war das Buch eine Herzensangelegenheit und so hat er ein Vorwort beigezeichnet. Spiegel beschreibt, wie er als kleiner Junge, dank des Mutes belgischer Bürger den Holocaust überlebte. Eine Bauernfamilie versteckte den kleinen Paul dreieinhalb Jahre. Rund viertausend jüdische Kinder fanden in dem kleinen Land Unterschlupf und konnten so überleben. Anders Spiegels ältere Schwester Rosa: Sie wurde auf der Straße aufgegriffen und von Mechelen nach Auschwitz deportiert. Die Familie sah sie nie wieder.

Das Buch zeugt von Mut und Zivilcourage der belgischen Bevölkerung während der deutschen Besatzung. Die Hälfte der in Belgien lebenden Juden hat den Holocaust überlebt, weil Freunde, Nachbarn, Polizisten und Fremde „uns die Hand reichten“, wie sich ein Überlebender erinnert. Den aus dem Todeszug Entflohenen wurde mit Geld, Lebensmitteln, Kleidung und Verstecken, oft unter Gefahr für das eigene Leben, geholfen.

Die Geschichte der jüdischen Widerständler während der deutschen Okkupation Belgiens ist beklemmend und ermutigend zugleich. Eichmanns Handlanger, „Judenreferent“ Kurt Asche, beginnt eine erbarmungslose Treibjagd, in der alle Juden wie Freiwild gehetzt werden. Schreiber charakterisiert Asche als launischen, groben und sadistischen „Herrenmenschen“ mit Minderwertigkeitskomplexen, der sich an seiner Macht über Leben und Tod berauscht. Der deutsche Militärgouverneur, Freiherr Alexander von Falkenhausen, gebildet und „kultiviert“, verachtet wie die meisten preußischen Aristokraten Hitler und seine Parteigenossen, rührt aber keine Hand um Juden, Kommunisten und Andersdenkende vor den SS-Kommandos zu schützen.

Für die Gruppe um den jungen jüdischen Arzt Youra Livchitz galt hingegen: „Wer den Gedanken der Humanität zum Schweigen bringen will, der ist unser Feind.“ Ihre Zweifel, ihre innerliche Zerissenheit, der Vernichtungsmaschinerie der Nazis fast ohnmächtig zusehen zu müssen, beschreibt die Autorin einfühlsam. Die Befreiungsaktion war ursprünglich mit bewaffneten Partisanen zusammen geplant worden. Weil denen die Sache zu riskant wurde, wagten die drei die tollkühne Aktion alleine. Über 200 Juden wurden so vor der Gaskammer bewahrt. Livschitz und Franklemon wurden später von den Nazis gefasst und hingerichtet. Maistriau konnte entkommen. „Es war eine Mischung aus Abenteuergeist, dem Wunsch zu helfen und den Deutschen zu schaden“, sagt er rückblickend über die unglaubliche Aktion.

Wie so viele Nazi-Verbrecher konnte Kurt Asche nach dem Krieg unter falschem Namen untertauchen. 1955 wurde der SS-Mann, der 1618 Juden von Belgien aus in den Tod geschickt hatte, entdeckt, als Mitläufer eingestuft und amnestiert. Erst 1981, im Alter von 72 Jahren, wurde Asche vom Landgericht Kiel verurteilt, wegen seines Alters aber nur zu sieben Jahren. Kurt Asche lebte noch viele Jahre in Freiheit und wurde 88 Jahre alt.

„Wer ein Menschenleben rettet, der rettet ein ganzes Volk“, heißt es im Talmud. Für viele belgische Bürger wurde dieser Spruch während der deutschen Okkupation zum Leitmotiv ihres Handelns. Durch Schreibers Buch werden ihr Mut und ihre Hilfsbereitschaft nun endlich auch in Deutschland bekannt gemacht und gewürdigt.

Jens Mecklenburg

Marion Schreiber: Stille Rebellen. Der Überfall auf den 20. Deportationszug nach Auschwitz. Aufbau-Verlag, Berlin 2000, 352 Seiten, 39,90 DM.

WETTBEWERB **Du gegen rechts**

**Für Schülerinnen und Schüler ab Klasse 7, Schul-AGs,
Jugendgruppen und -clubs sowie Studierende
(von 12 bis 25 Jahren)**

Der **blick nach rechts** prämiert in einem Wettbewerb Projekte von engagierten Jugendlichen.

Beschreibt, wie ihr (ab 5 Personen je Gruppe) in eurem Umfeld gegen Rechts-extremismus und Ausländerfeindlichkeit vorgeht (z.B. Stadtteilstefte, Plakataktionen, RAPs, Hörspiele, Theaterstücke, Ausstellungen, Websites, Patenschaften). Willkommen sind auch Einsendungen, die sich mit der lokalen NS-Vergangenheit beschäftigen. Entscheidend ist, dass euer Projekt sich an den jeweiligen örtlichen Besonderheiten orientiert.

Eingesandt werden können als Dokumentation Bild- und Tonträger, Presseauschnitte, Website-Adressen oder ausführliche Berichte.

Eine Jury entscheidet über die Gewinner des Wettbewerbes. An jede Altersstufe (12-15, 15-18, 18-25 Jahre) werden zwei Hauptpreise und verschiedene Sonderpreise vergeben.



Schirmherrschaft
Bundestagspräsident
Wolfgang Thierse

Anmeldeschluss
für die Projektidee:
1. Oktober 2001

Einsendeschluss
der Dokumentation:
31. Dezember 2001

Weitere Infos unter
www.bnr.de

Anmeldung und Rückfragen
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Frau Bastienne Gebhard
Tel. (0 30) 2 55 94 - 1 55
Fax (0 30) 2 55 94 - 1 99
E-Mail info@bnr.de

ALLES WIRD SICH ÄNDERN - DURCH UNS!

Meldungen

Inland

■ **Berlin** – 388 Seiten umfasst die „Stellungnahme der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands im Parteiverbotsverfahren“, die Rechtsanwalt Horst Mahler am 20. April für die NPD in Karlsruhe eingereicht hat. Die 130 Seiten lange Begründung erinnert in der Diktion in weiten Textpassagen an frühere Traktate Mahlers, beispielsweise die „Flugschrift an die Deutschen...“ von 1998. So habe der „Überfremdungsdruck in der Bevölkerung quasi naturgesetzlich fremdenfeindliche Reaktionen hervorgerufen“, schreibt Mahler in der Stellungnahme. Der Verbotsantrag diene nicht dem Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, sondern dem Schutz einer gescheiterten Politik. Verfassungswidrig sei nicht die NPD, sondern der Artikel 21, Absatz 2 des Grundgesetzes, konstruiert der Rechtsvertreter. Mit Artikel 1 Grundgesetz nicht vereinbar sei das „durch staatlich ... geförderte Betroffenheitsrituale ... gepflegte Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland, das Land der Täter zu sein“. Damit würde das in „jungen Deutschen keimende nationale Selbstbewusstsein“ angegriffen, meint Mahler.

■ **Berlin** – Deutsche Rechtsextremisten unterhalten vielfältige Kontakte zu Gleichgesinnten in ganz Europa. Dies dokumentiert die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der PDS-Bundestagsfraktion (Drucksache Nr. 14/5635). Verbindungen bestehen demnach nach: Belgien (Viking Jeugd Vlaanderen, Vlaams Blok, Voorpost, Stahlhelm Flandern, Vrij Historisch Onderzoek), Dänemark (Danmarks Nationalsocialistiske Bevaegelse), Niederlande (Fundamentalistische Arbeiders Partij, Nederlandse Volksunie), Schweden (Nationalsozialistische Front, Schwedische Widerstandsbewegung), Großbritannien (British National Party, Combat 18; erwähnt wird der Holocaust-Leugner David Irving) und nach Italien (Forza Nuova; NPD-Mitglied Horst Mahler nahm im vergangenen Jahr als Gastredner an einem Treffen der militanten Forza Nuova teil). Ferner sind Beziehungen bekannt in die Schweiz (Europäische Neuordnung, Nationale Initiative Schweiz, Nationale Partei Schweiz), nach Spanien (Alianza por la Unidad Nacional, Democracia Nacional), in die Slowakei, wo noch immer deutsche Neonazi-CDs hergestellt werden, sowie Frankreich (Front National, Mouvement National Républicain) und Österreich (Deut-

sche Kulturgemeinschaft). Zwischen deutschen und französischen Skins besteht nach Erkenntnissen der Bundesregierung ein „enges Zusammengehörigkeitsgefühl“. Deutsche Skinheads seien regelmäßig auf Konzerten in Polen, Ungarn und Tschechien anzutreffen.

■ **Berg/Inning** – Der Verleger Gerd Sudholt (58) hat seine Räumlichkeiten in Berg am Starnberger See in Oberbayern verlassen. Das Landratsamt Starnberg hatte Sudholt untersagt, seine Immobilie in dem allgemeinen Wohngebiet weiterhin gewerblich für sein rechtsextremes Verlagsimperium um die VGB Verlagsgesellschaft Berg zu nutzen. Der vorbestrafte Sudholt hat den Sitz seiner Verlage nach Inning am Ammersee verlegt, strebt aber auf dem juristischen Wege eine Rückkehr in sein Berger Domizil an. Derzeit ist ein Verfahren gegen das Landratsamt beim Verwaltungsgericht München anhängig. Sudholt war früher Vorsitzender der rechtsextremistischen Kulturvereinigung Gesellschaft für Freie Publizistik.

■ **Coburg** – Der Stadtrat von Coburg hat ein symbolisches Zeichen gegen den in Coburg ansässigen Nation&Europa Verlag gesetzt. Mit großer Mehrheit wurde auf Antrag des SPD-Kommunalpolitikers Horst Schunk im Stadtrat beschlossen, den 1953 gegründeten Verlag und die beiden Herausgeber der Zeitschrift „Nation&Europa“, Peter Dehoust (64) und Harald Neubauer (49), zu „unerwünschten Personen“ zu erklären. Die Auflagenhöhe von „Nation&Europa“ liegt nach offizieller Angabe bei 16 000 Exemplaren. Im Vereinsregister der fränkischen Stadt sind die „Nation-Europa-Freunde e.V.“ seit 1954 eingetragen. Laut dem bayerischen Verfassungsschutzbericht gehören derzeit rund 200 Personen dem Verein an.

■ **Cloppenburg/Berlin** – Über Wochen hinweg konnten sich Neonazis und Hooligans ungehindert auf der Internetseite des Fußballvereins BV Cloppenburg tummeln. Erst nach entsprechenden Artikeln in der Lokalpresse wurden braune Parolen von anonymen E-mail-Schreibern wie „Adolf Hitler aus Braunau“ vom Verein gelöscht. Hooligans und Skinheads werden auch beim DFB-Pokalendspiel zwischen FC Schalke 04 und 1. FC Berlin am 26. Mai im Berliner Olympiastadion erwartet. In Berlin sind etwa 380 Personen bekannt, die der Hooligan-Bewegung zugerechnet werden.

■ **Ebersbach/Heilbronn** – In dem Neonazi-Blatt „Volk in Bewegung“, dem Organ der Bewegung

Deutsche Volksgemeinschaft mit Sitz in Heilbronn, wirbt ein im sächsischen Ebersbach ansässiges Reiseunternehmen für so genannte Abenteuerreisen. Im aktuellen Programm von „Wildost 2000“ (Frank Sauermann und Dieter Schneider) werden Reisen auf den „Spuren der Geschichte“ angeboten. Dazu gehört das „Projekt Riese“, eine Exkursion in die unterirdischen Fabriken des Dritten Reichs, die ursprünglich zur Produktion von Wunderwaffen dienen sollten. Im Programm ist auch eine Exkursion zu „Europas größter unterirdischer Verteidigungsanlage“, dem Ostwall. Die Veranstalter hoffen, „dass wir mit unseren ... Angeboten bei Euch voll im Trend liegen.“

■ **Geiselhöring** – In einer Auflage von 10 000 Exemplaren hat der im bayrischen Geiselhöring ansässige Neonazi-Devotionalienvertrieb „Wikinger-Versand“ (Motto: „Aus der Szene – für die Szene“) sein umfangreiches Katalogangebot verschickt. Der Wikinger-Versand, der sich als „Versand mit Gesinnung“ versteht, will Eigenangaben zufolge „die Szene sinnvoll politisieren“. Besonderheit ist die eigene Produktion von Szene-Kleidung, die patentierte und geschützte Kleidernamen wie zum Beispiel „Masterrace“ und „Resistance“ trägt. Der Verkauf bisheriger Szene-Kleidung wie von „Lonsdale“, „Ben Sherman“ oder „Fred Perry“ wird strikt abgelehnt, da diese Hersteller „nichts mit den ‚Rechten‘ zu tun haben“ wollen. Im Angebot von Wikinger-Versand findet sich gar Babykleidung, die wunschweise zum Preis von acht Mark mit Motiven wie „Deutschland“, „Walhalla“, „Odin“ oder „German Child“ bedruckt wird. Zur Züchtigung ist auch ein Schlagstock („Nicht allseits beliebt, aber immer wieder ein Vergnügen“) zum Preis von 12 Mark erhältlich.

■ **Greifswald** – Gegen den Greifswalder NPD-Kreischef Maik Spiegelmacher (28) läuft ein Verfahren wegen einer nächtlichen Trunkenheitsfahrt. Spiegelmacher, der auf die Finger der Faust die vier Buchstaben HASS tätowiert hat, wurde der Führerschein abgenommen. Der mehrfach vorbestrafte Rechtsextremist allerdings bestreitet, selbst gefahren zu sein. Er behauptet, sein Mitfahrer, ein 21-jähriger Bundeswehrsoldat, habe den Wagen gesteuert. Sollte sich erweisen, dass Spiegelmacher lügt, droht ihm ein Verfahren wegen falscher Versicherung an Eides statt. Spiegelmacher wurde im März 1993 wegen gemeinschaftlich versuchten Mordes an einem marokkanischen Studenten in Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern) zu vier Jahren Haft verurteilt.

■ **Hamburg** – Neuer Landesvorsitzender der DVU in Hamburg ist der Frey-Adlatus und DVU-Vize Heinrich Gerlach. Gerlach hatte schon verschiedene Funktionen in der Partei inne. Er war in der Vergangenheit Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein, Geschäftsführer der DVU-Fraktion in Sachsen-Anhalt. Seit 1997 ist Gerlach Fraktionsvorsitzender der DVU im Bezirksparlament von Hamburg-Wandsbek. Der niedersächsische DVU-Landesverband bestätigte den bisherigen Landesvorsitzenden Richard Carls in seinem Amt. Beide Landesvorstände wurden auf Parteitag am 8. April in Anwesenheit des DVU-Bundesvorsitzenden Gerhard Frey gewählt.

■ **Mannheim** – Der Mannheimer Republikaner Stadtrat Alfred Reichwein (75) und sein Schwager wurden vom Mannheimer Amtsgericht wegen Urkundenfälschung zu Geldstrafen in Höhe von 3600 und 4200 Mark verurteilt. Der Fall hatte im Vorfeld der baden-württembergischen Kommunalwahl vom Oktober 1999 bundesweit für Aufsehen gesorgt. Noch vor dem Wahlsonntag erklärten 14 der 48 Mannheimer Republikaner-Kandidaten, sie seien gegen ihr Absicht auf der REP-Wahlliste gelandet. Unter den „Scheinkandidaten“ befanden sich vier Familienangehörige von Reichwein. Der REP-Funktionär Reichwein gehört seit 1989 dem Mannheimer Gemeinderat an. Reichweins Schwager hatte die Unterschrift seiner Ehefrau unter das Formular für die Kommunalwahlliste 1999 gesetzt.

■ **Mannheim** – Der 48-jährige Günther Kurth und der 42-jährige Klaus P. wurden am 24. April vom Amtsgericht Mannheim wegen Volksverhetzung und der Verwendung verfassungswidriger nationalsozialistischer Symbole (SS-Runen und Hakenkreuze) zu sechs beziehungsweise fünf Monaten Bewährungsstrafe verurteilt. Das Mannheimer Duo hatte Kopien des antisemitischen Hetzwerkes „Das Goldene Band“ des chilenischen Hitler-Bewunderers Miguel Serrano angefertigt, die mit SS-Runen geschmückt und zum Verkauf angeboten. Serrano gilt als Begründer des so genannten Esoterischen Hitlerismus, in dessen Mittelpunkt Adolf Hitler steht, der als Gott verehrt wird.

■ **Messel** – Robin Christian Fritz (Tarnname „Taiste“) aus dem hessischen Messel ist der Kopf der neonazistischen „Arischen Bruderschaft“ (BNR 3/01), einer „weltweiten Internet-Vereinigung, deren Ziel es ist, den Terror zu verbreiten, den Hass zu schüren und Euch Kontakte zu vermitteln“ (Eigendarstellung). Gegen den Nachwuchs-Neonazi

wird nun wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Anleitung zur Herstellung von Bomben über das Internet ermittelt.

■ **Neustadt-Glewe** – Das diesjährige „Signal-Pressfest 2001“ findet vom 30. Juni bis 1. Juli in Neustadt-Glewe (Mecklenburg-Vorpommern) statt. Auf dem Programm stehen Referate von „Signal“-Herausgeber Manfred Rouhs („Multi-Kulti? Nein Danke!“), Friedrich Löffler, Autor in „Nation&Europa“ („Ausländerproblematik in Deutschland“), Alexander Jacob, Autor in den „Vierteljahressheften für freie Geschichtsforschung“, („Edgar Julius Jungs Konservative Revolution – 70 Jahre danach“) und Michael Nier, Ex-NPD-Funktionär („Zur Lage der Nation und den Chancen nationaler Politik“). Wie auch im vergangenen Jahr gestalten Frank Rennicke und Jens Brucherseifer von „Sturmwehr“ den Balladenabend. Aufspielen soll auch die Gruppe „Nordwind“.

■ **Reutlingen** – Der Rechtsextremist Axel Heinzmann (54) wurde vom Amtsgericht Reutlingen wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und Beleidigung zu einer Geldstrafe in Höhe von 6000 Mark verurteilt. Heinzmann hatte sich am 20. Januar vergangenen Jahres bei einer Hausdurchsuchung den beteiligten Polizeibeamten widersetzt und sie beleidigt. Dabei fielen Verbalinjurien wie „Staatsschutz-Schweine“, „Kommunisten-Schweine“ und „Juden-Schweine“. Amtsrichter Hartmann verhängte gegen den als Hilfsarbeiter beschäftigten vorbestraften Heinzmann (vgl. BNR 7/99) eine Strafe von 200 Tagessätzen à 30 Mark. Anlass der Hausdurchsuchung waren Flugblätter, die Heinzmann bei einer CDU-Veranstaltung in Reutlingen verteilt hatte. In den Flugblättern war der bundesdeutsche Rechtsstaat verunglimpft worden, weswegen derzeit ein Verfahren gegen Heinzmann am Tübinger Landgericht anhängig ist.

■ **Usedom** – Im Forum der Neonazi-Homepage „stoertebecker“ ruft ein „Jugendsturm Usedom“ zum „Nationalen Widerstand aus dem Morgenland“ auf: „Kein Niggerfuß darf ungestraft unser Vaterland verdrecken! Diese 'Personen' bringen Krankheiten und Leid in unsere Heimat!“ Weiter heißt es in dem Text, für den ein Amon Scherweiler aus Usedom verantwortlich zeichnet: „Wir vom Jugendsturm Usedom haben uns mit dem Nationalen Inselwiderstand Usedom zusammengeschlossen und rufen alle redlichen Bürger auf, gegen das Böse zu kämpfen und es zu vertreiben.“

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin 8
PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
Heft 09-2001 / Abo 5292719000
Antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum Berlin e. V.
Falkensteinstr. 46
10997 Berlin

Ausland

■ **Italien (Rom)** – Guido Mussolini, ein Enkel des Duce, kandidiert am 13. Mai für die neofaschistische Splitterpartei Forza Nuova (FN) bei der Bürgermeisterwahl in Rom. Nach Angaben eines FN-Parteisprechers soll Guido Mussolinis Kandidatur „die großen Werke, die der Faschismus in Rom verwirklicht hat, in Erinnerung rufen“. Der FN droht in Italien das Verbot. Ein von der Polizei vorgelegter Bericht wirft der FN vor, neben der offiziellen über eine verdeckte Organisationsebene zu verfügen und damit die Voraussetzungen für subversive Aktivitäten geschaffen zu haben.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-130, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto,
Nachweis erforderlich!

Probeabonnement (6 Hefte), Preis DM 20,- inkl. Porto.